

1 Die Landeskonferenz der Jusos möge beschließen:

2 Der Landesparteitag möge beschließen:

3

4 **Fortschrittliche Hochschulen: fair und demokratisch finanziert,**
5 **forschend in Verantwortung vor der Gesellschaft!**

6

7 Die Jusos Bremen bekennen sich zum Leitbild der demokratischen
8 Hochschule, die Bildung für Alle ermöglicht und Wissenschaft in ge-
9 sellschaftlicher Verantwortung ausübt. Eine solche Hochschule trägt
10 durch gute Forschung und Lehre maßgeblich zum gesellschaftlichen
11 Fortschritt bei.

12

13 Diesen Anforderungen können die Hochschulen nicht ohne eine aus-
14 reichende Finanzierung gerecht werden. Die bisherigen Finanze-
15 rungssysteme aber fördern die Vernachlässigung von Lehre, den Auf-
16 bau prekärer Beschäftigung und den Vorzug von Wirtschaftsinteressen
17 gegenüber der wissenschaftlichen Freiheit. Insgesamt verursachen sie
18 eine chronische Unterfinanzierung der Hochschulen. Insbesondere die
19 bremischen Hochschulen werden dafür bestraft, langfristig in Stu-
20 dienplätze zu investieren und sind tendenzielle Verlierer von Exzel-
21 lenzinitiative, Hochschulpakt und Länderfinanzausgleich. Ein faires
22 und sinnvolles Finanzierungssystem schafft den Hochschulen endlich
23 Planungssicherheit und belohnt zuallererst die Schaffung von Stu-
24 dienplätzen und langfristiger Beschäftigung. Deswegen fordern wir
25 eine bundeseinheitliche Finanzierung der Lehre an den Hochschulen,
26 die dem Grundprinzip "Geld folgt Studierenden" entspricht. So wer-
27 den langfristig Mittel dort gebunden, wo sie benötigt werden, um
28 möglichst vielen den Zugang zur Hochschule zu ermöglichen, die
29 Qualität und gute Arbeitsbedingungen in der Lehre zu gewährleisten
30 und den Grundstein für Forschung auf hohem Niveau zu legen.

31

32 Nur mit einer insgesamt ausreichenden öffentlichen Finanzierung
33 können demokratisch verfasste Gremien der Hochschulen frei von
34 privatwirtschaftlicher Einflussnahme über die Inhalte von Forschung
35 und Lehre entscheiden, die im BremHG festgelegten ethischen Stan-
36 dards wahren und sich den gesellschaftlichen Fortschritt, nicht pri-
37 vate Profitinteressen, zum Ziel ihrer Arbeit setzen. Private Drittmit-
38 tel und sog. ‚Stiftungsprofessuren‘ setzen für die Hochschulen starke
39 Anreize, die Interessen der privaten Geldgeber höher zu bewerten als
40 den gesellschaftlichen Willen dazu, was geforscht und wie gelehrt
41 werden soll. Eine Abhängigkeit von privaten Geldern muss daher in
42 sämtlichen Fachbereichen der Hochschulen ausgeschlossen sein.

43

44 Die Verpflichtung zu Hochschulen in gesellschaftlicher Verantwor-
45 tung, wie sie im Koalitionsvertrag steht, hat für die Sozialdemokratie
46 besondere Bedeutung. Sie wird dort verletzt, wo Forschung nicht
47 dem Fortschritt dient, sondern der Rüstung, dem Krieg oder den Pro-
48 fitinteressen jener, die damit Geld verdienen.

49

50 Die Jusos Bremen unterstützen daher die Bestrebungen der sog. 'Zi-
51 vilklauselbewegung' für dem Frieden dienenden Hochschulen. Sie
52 wirkt etwa in Tübingen, Köln, Karlsruhe und Berlin mit oft starker
53 Unterstützung von Jusos und SPD auf eine Selbstverpflichtung zu zivi-
54 ler Forschung hin. So wurde die Zivilklausel in Tübingen mittlerweile
55 in der Grundordnung der Universität verankert, unter der Regierung
56 Gerhard Schröders gab es auch im niedersächsischen Landeshoch-
57 schulgesetz einen entsprechenden Passus, bis er von der CDU wieder
58 gestrichen wurde. Bundesweites Vorbild hierfür ist die Universität
59 Bremen, die sich bereits 1986 eine 'Zivilklausel' gab.

60
61 An dieser wird jedoch mittlerweile diskutiert, die Zivilklausel einfach
62 abzuschaffen, um eine Stiftungsprofessur eines Militärsatellitenbau-
63 ers annehmen zu können. Und an der Hochschule Bremen wird ver-
64 sucht, die Einführung einer Zivilklausel gleich zu verhindern, indem
65 die Diskussion darum immer weiter verschleppt wird.

66
67 Dies ist für die Bremer Jusos der falsche Weg. Wir wissen, dass die
68 Abgrenzung von ziviler und militärisch nutzbarer Forschung nicht
69 immer einfach ist. Uns geht es nicht darum, jede Forschung zu un-
70 terbinden, die theoretisch auch militärisch nutzbar sein könnte. Das
71 wäre realitätsfern. Was wir fordern, ist eine konstruktive Diskussion
72 darum, wie die Wissenschaft eine Zivilklausel bestmöglich umsetzen
73 und ihre Verantwortung wahrnehmen kann, nicht Helfer für den
74 Krieg zu sein. Dies kann nicht durch die Politik, sondern am besten
75 vor Ort an den Hochschulen geschehen. Die Aufnahme einer Zivilklausel
76 in das BremHG schafft den Hochschulen den notwendigen Raum
77 für diese Diskussion. Sie soll in Verbindung mit § 7 Abs.1 S.5 BremHG
78 (Veröffentlichung den Frieden gefährdender Forschungsergebnisse)
79 dafür sorgen, dass lediglich die Ziehung militärischen Nutzens aus
80 Forschungsergebnissen erschwert wird, ohne die wissenschaftliche
81 Freiheit, insbesondere im Bereich der Grundlagenforschung, einzu-
82 schränken.

83
84 Auf Grundlage dieser Überlegungen setzen sich Senat und Fraktion
85 für die Aufnahme des nachfolgenden Passus in §4 (Aufgaben der
86 Hochschulen) des Bremischen Hochschulgesetzes ein:

87
88 *Die Hochschulen wirken für eine friedliche und zivile Gesellschafts-*
89 *entwicklung. Sie sind selbst zivile Einrichtungen, betreiben keiner-*
90 *lei Militär- oder Rüstungsforschung und kooperieren nicht mit Ein-*
91 *richtungen des Militärs oder der Rüstungsindustrie.*